

- ☐ **Antrag**
- ☐ **Änderungsantrag**

Geschäftszeichen: 44-4081/ [ausfüllbares Feld]

**auf Förderung gemäß der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Förderung von Bussen im öffentlichen
Personennahverkehr (RL Bus) vom 26. Oktober 2023**

LANDESAMT FÜR STRASSENBAU UND VERKEHR
Referat 44
Stauffenbergallee 24
01099 Dresden

Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen

1. Antragsteller

<i>Antragsteller (Name, vollständige Anschrift)</i>	<i>Ort, Datum:</i>
	<i>Geschäftszeichen:</i>
	<i>Vorhabenummer:</i>
	<i>FMV-Identnummer:</i>
	<i>Ansprechpartner:</i>
	<i>Telefonnummer:</i>
	<i>E-Mail-Adresse:</i>
Landkreis/Kreisfreie Stadt:	
Bankverbindung: IBAN BIC Name der Bank	
Fuhrparkgröße: (Anzahl der Fahrzeuge, welche im VU im Linien- verkehr tätig sind)	
Der Antragsteller ist ☐ Zuwendungsempfänger gem. Ziff. 3.1 RL Bus ☐ Zuwendungsempfänger gem. Ziff. 3.2 RL Bus ☐ Zuwendungsempfänger gem. Ziff. 3.3 RL Bus	

Nur bei Antragstellern gem. Ziff. 3.1 oder 3.2 RL Bus: Der Antragsteller ist ein

- ☐ kleines Unternehmen (bis zu 49 Beschäftigte, Jahresumsatz bis zu 10 Mio. EUR)
- ☐ mittleres Unternehmen (bis zu 249 Beschäftigte, Jahresumsatz bis zu 50 Mio. EUR)
- ☐ großes Unternehmen (mehr als 249 Beschäftigte, Jahresumsatz über 50 Mio. EUR)

2. Geplante Anschaffung

Gegenstand der Förderung	☐	saubere Fahrzeuge (Ziff. 2.1 RL Bus)
	☐	emissionsfreie Fahrzeuge (Ziff. 2.1 RL Bus)
	☐	Lade- und Betankungsinfrastruktur (Ziff. 2.2 RL Bus)
	☐	Bau/Ausbau von Betriebshöfen und Werkstätten (Ziff. 2.2 RL Bus)
	☐	Informations- und Kommunikationssysteme (Ziff. 2.2 RL Bus)
Antriebsart bei Beschaffung von Fahrzeugen	☐	batterieelektrisch (Batteriebusse, Oberleitungsbusse)
	☐	brennstoffzellenbasiert (Brennstoffzellenbusse, Batteriebusse mit Brennstoffzellen als Range-Extender)
	☐	Wasserstoffverbrenner
	☐	Biomethan (bilanziell zu 100 % aus Biomasse erzeugt)
	☐	erdgasbasiert (CNG, LNG, LPG)
	☐	Plug-In-Hybrid
	☐	synthetische oder paraffinhaltige Kraftstoffe (Syn-Gas, Syn-Diesel)
	☐	Biodiesel (bilanziell zu 100 % aus Biomasse hergestellt)

Fahrzeugklasse bei Beschaffung von Fahrzeugen		Anzahl der zur Förderung beantragten Fahrzeuge je Fahrzeugklasse
Kleinbus	☐	
Midibus	☐	
Standard-Linienomnibus	☐	
Standard-Großlinienomnibus	☐	
Standard-Gelenkomnibus	☐	
Bezeichnung der nationalen Emissionsklasse (bei Beschaffung von Fahrzeugen)		
Beschreibung des Vorhabens		

3. Art der beantragten Zuwendung

Bei Beschaffung von Fahrzeugen gemäß Ziff. 2.1 RL Bus:

☐	Der Antragsteller beantragt die Fahrzeuggrundförderung und erfüllt die Voraussetzungen gemäß Ziff. 5.5.1 RL Bus.	
☐	☐	Der Antragsteller ist mit einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut.
☐	☐	Der Antragsteller ist <u>nicht</u> mit einem öDA im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut und beantragt die Fahrzeuggrundförderung als De-minimis Beihilfe nach den Maßgaben der VO (EU) 2023/2831 (<i>Bitte Anlage A7 beifügen</i>)
☐	☐	Der Antragsteller beantragt die Fahrzeuggrundförderung in Höhe von bis zu 30 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (Höchstfördersatz).
☐	☐	Der Antragsteller beantragt die Fahrzeuggrundförderung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes, und zwar in Höhe von ____ %. (<i>folgende Abstufungen sind möglich: 20 %, 10 %</i>)
☐	Der Antragsteller beantragt die Förderung der antriebsbedingten Investitionsmehrausgaben und erfüllt die Voraussetzungen gemäß Ziff. 5.5.2 RL Bus.	
☐	☐	Der Antragsteller ist ein kleines Unternehmen <u>oder</u> ist mit einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut und beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 60 % der antriebsbedingten Investitionsmehrausgaben (Höchstfördersatz) für die Beschaffung von Batterie- oder Brennstoffzellenbussen.
☐	☐	Der Antragsteller ist ein kleines Unternehmen <u>oder</u> ist mit einem öDA im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut und beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des für die Beschaffung von Batterie- oder Brennstoffzellenbussen, und zwar in Höhe von ____ %. (<i>folgende Abstufungen sind möglich: 50 %, 40 %, 30%, 20 %, 10 %</i>)
	<u>oder</u>	
☐	☐	Der Antragsteller ist ein mittleres Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 50 % der antriebsbedingten Investitionsmehrausgaben (Höchstfördersatz) für die Beschaffung von Batterie- oder Brennstoffzellenbussen.
☐	☐	Der Antragsteller ist ein mittleres Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes für die Beschaffung von Batterie- oder Brennstoffzellenbussen, und zwar in Höhe von ____ %. (<i>folgende Abstufungen sind möglich: 40 %, 30%, 20 %, 10 %</i>)
	<u>oder</u>	
☐	☐	Der Antragsteller ist ein großes Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 30 % der antriebsbedingten Investitionsmehrausgaben (Höchstfördersatz) für die Beschaffung von Batterie- oder Brennstoffzellenbussen.
☐	☐	Der Antragsteller ist ein großes Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes für die Beschaffung von Batterie- oder Brennstoffzellenbussen, und zwar in Höhe von ____ %. (<i>folgende Abstufungen sind möglich: 20 %, 10 %</i>)
	<u>oder</u>	

☐	Der Antragsteller beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 20 % der antriebsbedingten Investitionsmehrausgaben (Höchstfördersatz) für die Beschaffung von biomethanbetriebenen Bussen.
☐	Der Antragsteller beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes für die Beschaffung von biomethanbetriebenen Bussen, und zwar in Höhe von 10 %.

Bei Infrastrukturvorhaben gemäß Ziff. 2.2 Anstrich 1 RL Bus:

☐	Der Antragsteller beantragt die Zuwendung für Lade- und Betankungsinfrastruktur und erfüllt die Voraussetzungen gemäß Ziff. 5.5.4 RL Bus.
☐	Der Antragsteller ist ein kleines Unternehmen <u>oder</u> ist mit einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut und beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (Höchstfördersatz).
	Der Antragsteller ist ein kleines Unternehmen <u>oder</u> ist mit einem öDA im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut und beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes, und zwar in Höhe von ____ %. <i>(folgende Abstufungen sind möglich: 40 %, 30%, 20 %, 10 %)</i>
<u>oder</u>	
☐	Der Antragsteller ist ein mittleres Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 40 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (Höchstfördersatz).
	Der Antragsteller ist ein mittleres Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes, und zwar in Höhe von ____ %. <i>(folgende Abstufungen sind möglich: 30%, 20 %, 10 %)</i>
<u>oder</u>	
☐	Der Antragsteller ist ein großes Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe von bis zu 20 % der zuwendungsfähigen Ausgaben.
	Der Antragsteller ist ein großes Unternehmen und beantragt die Zuwendung in Höhe eines geringeren Fördersatzes als des Höchstfördersatzes, und zwar in Höhe von 10 %.
Zusätzliche Angabe bei mittleren und großen Unternehmen, die nicht mit einem öDA im Sinne der VO (EG) 1370/2007 betraut sind (optional):	
☐	Der Antragsteller ist in einem C-Fördergebiet, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung in einer in Kraft getretenen, genehmigten Fördergebietskarte im Sinne des Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV ausgewiesen ist, ansässig und beantragt eine Erhöhung der Zuwendung um bis zu 5 Prozentpunkte.

4. Finanzierung

Gesamtkosten (netto)		EUR
nicht zuwendungsfähige Kosten		EUR
zuwendungsfähige Gesamtkosten		EUR
	<i>bei Fahrzeugförderung:</i> Fahrzeuggrundkosten	EUR
	<i>bei Fahrzeugförderung:</i> antriebsbedingte Investitionsmehrausgaben	EUR
beantragte Gesamtzuwendung		EUR
weitere Zuwendungen beantragt (z. B. Bund, Europäische Union)		EUR
weitere Zuwendungen bewilligt (z. B. Bund, Europäische Union)		EUR
Drittmittel (z. B. Verkehrsverbund, ÖPNV-Aufgabenträger)		EUR
Eigenmittel (z. B. Barmittel, Kredit)		EUR

5. Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben (nur bei Infrastrukturvorhaben)

Gesamtkosten (netto)		EUR
zuwendungsfähige Kosten		EUR
	Grunderwerb (einschließlich Gestehungskosten)	EUR
	Baukosten/Lieferleistungen	EUR
nicht zuwendungsfähige Kosten		EUR
	Kosten, die ein anderer zu tragen verpflichtet ist	EUR
	davon Wertausgleich Ver- und Entsorgungsleistungen	EUR
	Wertausgleich Telekommunikationsleistungen	EUR
	Eigenleistungen	EUR
	Planungs- und Projektsteuerungsleistungen gemäß HOAI	EUR
	Verwaltungskosten und Gebühren	EUR
	Umsatzsteuerbeträge, die nach UStG geltend gemacht werden können	EUR
	Kosten für den Erwerb solcher Grundstücke/-teile, die nicht unmittelbar oder nicht dauerhaft für das Vorhaben benötigt werden	EUR
	Sonstige Kosten	EUR

6. Beantragte Zuwendung aufgeschlüsselt nach Jahresscheiben

In nachfolgender Tabelle ist anzugeben, in welchem Jahr die beantragte Zuwendung benötigt wird (Bitte Erklärung des objektiven Vorbereitungsstands beifügen).

Jahr	Kosten	zuwendungsfähige Kosten	beantragte Zuwendung
20__	EUR	EUR	EUR
20__	EUR	EUR	EUR
20__	EUR	EUR	EUR
Summe	EUR	EUR	EUR

7. Bestätigung

Der Antragsteller bestätigt, dass die Voraussetzungen aus Ziff. 6 RL Bus (sonstige Zuwendungsbestimmungen) vorliegen. Insbesondere bestätigt der Antragsteller, dass

- im Fall der Fahrzeugförderung das Fahrzeug/die Fahrzeuge überwiegend im genehmigten Linienverkehr im Sinne von § 42, § 43 Nr. 2 und/oder § 44 PBefG nach näheren Maßgaben der Ziff. 6.1 RL Bus eingesetzt werden,
- im Fall der Fahrzeuggrundförderung auf Grundlage der VO 1370/2007 die Voraussetzungen der Ziff. 6.5 RL Bus vorliegen,
- bei der Förderung von sauberen Fahrzeugen, die mit Biokraftstoffen, synthetischen oder paraffinhaltigen Kraftstoffen betrieben werden, die Bestimmungen der Ziff. 6.6 RL Bus eingehalten werden und
- im Fall der Förderung von Betankungsinfrastruktur zur Abgabe von Wasserstoff und zum Aufbau einer neuen Ladeinfrastruktur die Voraussetzungen im Sinne der Ziff. 6.8 RL Bus erfüllt werden.

8. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dieses auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides beziehungsweise vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns in Angriff genommen wird.

Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.

Der Antragsteller erklärt gegenüber der Bewilligungsbehörde und den zuständigen Staatsministerien sein Einverständnis, dass	
☐	nach vorheriger Anmeldung eine auch wiederkehrende Überprüfung der Einhaltung der Emissionsanforderungen an die geförderten Busse durch den Zuwendungsgeber oder eine von ihm beauftragte unabhängige Institution erfolgen darf und
☐	im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Antragsteller als Zuwendungsempfänger benannt und die Höhe und der Zweck der Zuwendung bekannt gegeben werden darf.

Der Antragsteller erklärt, dass er für das beantragte Vorhaben zum Vorsteuerabzug

☐ berechtigt

☐ nicht berechtigt

ist.

Hinweis:

Die Daten von Antragstellern auf Fördermittel werden gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG) vom 10. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 273), in der jeweils geltenden Fassung, in einer landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank zum Zwecke der laufenden Analyse der Förderpraxis, der Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht und der Vermeidung rechtswidriger Förderung verarbeitet.

9. Beigefügte Anlagen

Diesem Antrag sind die folgenden Anlagen beigefügt:

☐	Anlage A1: Ergänzungsliste Fahrzeugbeschaffung <i>nur bei der Beschaffung mehrerer Fahrzeuge</i>
☐	Anlage A2: Nachweis über die Beantragung und/oder Gewährung von Fördermitteln aus einem Förderprogramm des Bundes oder der Europäischen Union
☐	Anlage A3: Eigenerklärungen (subventionserhebliche Tatsachen, wirtschaftliche Situation) <i>nicht erforderlich bei kommunalen Gebietskörperschaften</i>
☐	Anlage A4: Formular Fahrzeugkriterien <i>nur bei Fahrzeugbeschaffung</i>
☐	Anlage A5: Übersicht über durchgeführte und geplante Fahrzeugbeschaffungen <i>nur bei Fahrzeugbeschaffung</i>
☐	Anlage A6: Stellungnahme Aufgabenträger <i>nur wenn Fahrzeugförderung auf Grundlage der VO (EG) 1370/2007 gewährt wird</i>
☐	Anlage A7: De-minimis-Erklärung <i>nur wenn Fahrzeugförderung auf Grundlage der VO (EG) 2023/2831 gewährt wird</i>

Zudem sind diesem Antrag folgende Unterlagen/Nachweise beigefügt:

☐	Erklärung des objektiven Vorbereitungsstands (Bestell-, Ausschreibungs-, Bauzeitenplan, Terminketten)
--------------------------	---

Bei Fahrzeugbeschaffungen:		
	☐	Übersicht über gültige Linienverkehrsgenehmigungen oder Genehmigung über die Übertragung der Betriebsführerschaft oder Subunternehmervertrag
	☐	Nachweis eines Kreditinstituts oder eines Wirtschaftsprüfers zur Bonität des Unternehmens
	☐	BMDV-Förderantrag/Projektskizze, sofern der Antragsteller eine Förderung der antriebsbedingten Investitionsmehrausgaben nach Ziffer 5.5.2 RL Bus beantragt <i>Nachweis über die Nichtgewährung der BMDV-Förderung ist nachzureichen, sobald vorliegend</i>

	☐	Nachweis über den ehrenamtlichen Charakter des Verkehrs bei der Förderung von Bürgerbussen sowie über den Bedarf für die Einrichtung eines solchen Verkehrs (zum Beispiel durch Gemeinderatsbeschluss)
	☐	Nachweis, dass sich der Antragsteller bei der Förderung von Überlandbussen, die mit Dieselmotoren angetrieben werden, von einer externen Beratungsstelle im Hinblick auf die betriebliche Flottenumstellung hin zu sauberen und emissionsfreien Antriebstechnologien beraten lassen hat (z. B. Zertifikat oder Rechnung)

Bei Infrastrukturvorhaben:		
	☐	Übersichtsplan
	☐	Lageplan
	☐	Vorentwurfs- und/oder Entwurfszeichnungen
	☐	Erläuterungsbericht mit einer ausführlichen Beschreibung und Begründung des Vorhabens, insbesondere der zu erwartende Nutzen einschließlich Erläuterung der Zielstellung und der damit verbundenen Verbesserung der Bedingungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr mit Bussen
	☐	Vorbescheid oder sonstige Nachweise über die baurechtliche Zulässigkeit
	☐	Nachweis über die Eigentumsverhältnisse zur Liegenschaft bzw. ausführliche Erläuterung (Grundbuchauszug/Sachstand zu Verträgen)

Fehlende Unterlagen werden nachgereicht bis zum _____ (TT/MM/JJJJ)

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers,
Dienstsiegel/Firmenstempel